

Quelle: oeamtc.at

Adresse: <https://www.oeamtc.at/presse/oeamtc-zu-neuer-eu-fuehrerschein-richtlinie-ausschuss-bericht-ist-noch-lange-kein-eu-gesetz-62589088>

Datum: 01.07.2024 (Da es immer wieder Änderungen gibt, bitte für aktuelle Infos die Website besuchen.)

ÖAMTC zu neuer EU-Führerschein-Richtlinie: Ausschuss-Bericht ist noch lange kein EU-Gesetz!

Mobilitätsclub erwartet eine "realistische und zeitgemäße Lösung" für mobile Menschen

In der aktuellen Diskussion rund um die geplante EU-Richtlinie für mehr Sicherheit im Autoverkehr spricht der ÖAMTC eine Entwarnung aus: "Ein Ausschuss-Bericht macht noch kein Gesetz", so Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC Interessenvertretung. Die jetzt bekannt gewordenen Verschärfungen gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission lehnt der ÖAMTC ab und geht von einer realistischen und zeitgemäßen Lösung für mobile Menschen aus.

Sichere Mobilität erhalten – für Jung und Alt

"Die jetzt medial diskutierten Verschärfungen beruhen auf einem Vorschlag der EU-Ausschuss-Vorsitzenden. Für diese Verschärfungen gibt es laut unseren Informationen weder im Verkehrsausschuss noch im Plenum eine Mehrheit. Auch die zuständige Bundesministerin Gewessler hat sich deutlich gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Als größter Mobilitätsclub werden wir die Entwicklungen – wie bisher – genau verfolgen und uns aktiv in die Diskussion einbringen. Wir gehen aber davon aus, dass es nicht zu derart restriktiven Einschränkungen für Verkehrsteilnehmer:innen kommen wird," meint Bernhard Wiesinger.

Die Pläne, die Führerscheinklasse B künftig nach Gewicht zu unterteilen oder geringere Tempolimits durch die Hintertür einzuführen, seien laut ÖAMTC praxisfern. Auch die Beschränkung der Fahrerlaubnis ab dem 60. Lebensjahr sei eine "unangebrachte Einschränkung im mobilen Alltag der Menschen". Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass sich ältere Personen über 70 Jahre zukünftig alle fünf Jahren einer Fahrtauglichkeitsüberprüfung unterziehen sollen. Dieser lässt allerdings den Mitgliedstaaten Spielraum, ob nun eine verpflichtende Überprüfungsfahrt, eine medizinische Untersuchung oder eine Selbstbeurteilung notwendig sind, um den Führerschein zu behalten. "Jetzt geht es darum, wirksame Maßnahmen für sichere individuelle Mobilität zu diskutieren und nicht Menschen in ihrem Alltag einzuschränken."